

vorhanden sind, dann lässt es zusammen. Das deutsche Volk ist schon ein paar Mal mit Begeisterung für das Vaterland in den Krieg gezogen. Die Kameradschaft im Boile ist das Merkmal seiner Kultur, mit der sozialdemokratischen Wankesucht wird man die Erachtung der Welt ergötzen. (Leib. Weltall.)

General v. Gall: Die Wünsche der Militärämter sind vom Abg. Erzberger für warm vorgetragen worden, wir stehen denselben wohlwollend gegenüber. Wir treten für diese ein. Die neuen Besetzungsrundzüge für die Militärämter sind in Arbeit begriffen. Der Vandesrat wird sich mit denselben befassen. Die Kriegstaxativen werden nicht schlechter gestellt als die Kriegsteilnehmer.

Abg. Graf v. Helldorf (Voll.) wendet sich gegen den Kriegsminister, der erklärt h. h. es herrsche bei den Soldaten eine Geschäftigkeit gegen das Militär. Er konstatiert die Tapferkeit und den Mut der Soldaten im Krieg gegen Frankreich im Jahre 1870/71. Wir anerkennen die Mitterkeit der preussischen Offiziere um so lieber, als sie gegen das Benehmen der Bureaukraten im schroffen Gegensatz steht. Wiederholt habe er das Postulieren polnischer Weidmänner durch das Militär scharf getadelt. Mehr als 100 Kolonien unterliegen dem Vorkriegsstand. Unter diesen Kolonien befinden sich große Güter. Auch polnische Trupen werden konfiszirt, obgleich niemals preusseneindliche Tendenzen in die Erscheinung treten. Er hofft, das dem Postulieren um ein Ende gemacht werde.

Kriegsminister von Einem erklärt, daß der Vorkriegsstand nicht entbehrt werden könne; aber wo er angewendet werde, müssen die Gründe aufs eingehendste geprüft werden. Auch werde in solchen Fällen stets im Einvernehmen mit der Zivilbehörde Entscheidung getroffen. Da wo die Disziplin gefährdet sei, könne vom Vorkriegsstand Abstand genommen werden. Die Vorkriegsstände gehen einen gefährlichen Weg, wenn sie die Soldaten ausbeuten. Im Jahre 1906 werden wir Frieden haben. (Beifall.)

Nach einer kurzen Ausführung des Abg. Dagemann (Nat.) wird die Diskussion geschlossen.

Die Resolution des Zentrums betr. Fortvergünstigung für Soldaten wird einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution betr. Erhöhung der Löhne und die Reform des Besoldungsrechts. Die Resolution betr. Maßnahmen gegen Auswanderung der Offiziere wird gegen Konfessionen und Nationalitäten angenommen.

Es folgt die Beratung der Spezialtitel. Werner (Antif.) Kusler (Zentr.) sprechen sich für Verrückung der Intendantenstellen aus; letzterer wünscht mehr Selbständigkeit für die Sekretäre.

Eine Reihe von Titeln wird ohne Debatte genehmigt. Abg. Thaler (Zentr.) tritt für Verrückung der Musikkapellmeister ein.

Abg. Kohl (Zentr.) nimmt sich der Kaserneninspektoren an. Abg. Kuegelberg (Zentr.) wünscht Verrückung der Kriegskassaposthalter und Stabsapotheken.

Abg. Baumann (Zentr.) fordert, daß für die erkrankten Soldaten nur naturreine Weine gekauft werden.

Abg. v. Bieberstein (Konf.) begründet folgende Resolution: „Der Herr Reichskanzler zu eruchen: 1. Die Remonte-Ankaufspreise im Interesse der Erhaltung der wegen ihrer dauernden Unverwundbarkeit immer mehr zuzunehmende Anzahl geeigneter Remontepferde den heutigen Marktpreisen entsprechend zu erhöhen. Dem Reichstag eine Nachweisung vorzulegen, wieviel Remonten in den einzelnen Provinzen angekauft sind und welches der Durchschnittspreis, außer den Ankaufskosten, für dieselbe in jeder Provinz gewesen ist und wie hoch sich die Ankaufskosten pro Pferd in jeder Provinz stellen.“

Abg. Bachhoff (Nat.), Frhr. von Vietten (Zentr.), Meyer, Warffelen (Zentr.) schließen sich der Resolution an; dieselbe wird angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Fortsetzung. — Schluß 7 Uhr.

### Politische Rundschau

Dresden, den 26. April 1907.

Der Kaiser ist Donnerstag nachmittag von Gießen in Gomburg wieder eingetroffen.

Prinz Eitel Friedrich hat am Mittwoch nachmittag 6 Uhr während des Exercierens auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz einen bedauerlichen Unfall erlitten. Beim Vorbeimarsch der Leibkompanie des ersten Garderegiments zu Fuß, deren Kommandeur Prinz Eitel Friedrich ist, schaute das Pferd vor einer roten Fahne, die ein Unteroffizier trug. Das Tier schenkte mit dem Kopf in die Höhe und schlug den Prinzen so heftig gegen die Nase, daß er bewußtlos vom Pferde fiel. Er erlitt Schantabschürfungen im Gesicht und wurde im Paradenlager in Döberitz, wohin er sich zu Fuß begab, verbunden. Daß das Befinden des Prinzen zu Besorgnissen keinen Anlaß gibt, geht daraus hervor, daß er bereits am Sonnabend Berlin besuchen wird. Er dürfte in einigen Tagen seinen Dienst wieder aufnehmen.

Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf zu betreffend Änderungen des Reichsbeamtengesetzes und der Entwurf eines Beamtenhinterbliebenengesetzes. Nach der Begründung bezweckt der erstere Gesetzentwurf in der Hauptsache, die Vorteile, welche das Offizierspensionsgesetz von 1906 den Offizieren brachte, auch den Beamten zu gewähren und damit zugleich den Wünschen des Reichstages zu entsprechen. Die zweite Vorlage bezweckt die einheitliche Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung. Dem Reichstag ging ferner ein Bericht des stellvertretenden Kolonialdirektors vom 13. April zu, betreffend das Ergebnis der Untersuchung in der Weidwerdefrage der Abwahlen in Kamerun. Der Bericht enthält an den Reichskanzler: Nach dem Ergebnis der Untersuchung liege kein Anlaß vor, gegen einen der beurlaubten Beamten strafrechtlich oder disziplinarisch vorzugehen, doch könne in verschiedenen Punkten die Landhabung der Verwaltung und der Eingeborenenrechtsprechung nicht gebilligt werden und die gesetzlichen Vorschriften entsprechen in verschiedenen Beziehungen nicht mehr den derzeitigen Verhältnissen. Er habe durch Anordnungen an das Gouvernement für strenge Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften Sorge getragen und Vorarbeiten für Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung und der Eingeborenen-Rechtsprechung eingeleitet.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Donnerstag den Etat für Kamerun. Die Zölle wurden um 200 000 Mark erhöht; der Zoll auf Zigaretten, Bier und Wein soll erhöht und ein Ausfuhrzoll auf Eisenblech gelegt werden. Dr. Semler (nat.-lib.) bekämpft diese Zollerhöhung. Kolonialdirektor Dernburg: Die Erhöhung des Alkohollzolls sei geboten; Deutschland müsse hierin vorangehen und habe es auf der Brüsseler internationalen Konferenz getan. Erzberger (Zentr.) fordert sehr hohe Zölle für Branntwein; der Zoll von 75 Pfennig sei zu niedrig; man müsse mindestens auf 1 Mark bis 1,50 Mark gehen und auf den Eisenbahnen die Beförderung von Branntwein erschweren. Kolonialdirektor Dernburg sagt die Erhöhung im gewünschten Sinne zu. Kopfk (frei. Volksp.) fragt bezüglich des Falles Puttkamer an, ob Geheimrat Rose tatsächlich den in der Presse publizierten Bericht verfaßt habe. Kolonialdirektor Dernburg: Der Bericht von Rose sei vorhanden; aber Rose sei zur Disposition gestellt worden. Ueber alle Beschwerden gegen Puttkamer würde ja heute vor dem

Disziplinargericht verhandelt. Freiherr von Richtig (Konf.) beantragt, deshalb heute nicht näher auf die Sache einzugehen. Es folgt die Militärverwaltung; eine neue 10. Kampagne wird gefordert. Hauptmann Dominik spricht über die Verhältnisse im Süden des Schutzgebietes. Der Süden sei von einer stark kriegerischen Bevölkerung bewohnt. Kolonialdirektor Dernburg bedauert, daß der Vorkriegsstand aus dem Kolonialdienste ausscheiden müsse. Die Händler im Süden, namentlich die Schwarzen, verüben manche Gewalttat, so daß das Gebiet von Beunruhigungen heimgesucht werden kann. Das Trägervesen ist neu geordnet worden. Die Zahl der Händler wird eingeschränkt werden. Erzberger: Den Süden Kameruns halte er für das erste Gebiet, wo uns ein schwerer Kustand drohe; die Ursachen aber liegen an dem Verhalten der Gesellschaften, die sich erst eine Konzeption geben lassen; dann geht es los, die Eingeborenen werden mißhandelt. Entsteht eine Beunruhigung, so rufen die Gesellschaften zuerst nach einer stärkeren Schutztruppe; sie verdienen hieran das meiste Geld, besonders wenn es zum Kriege kommt, und nachher rufen die Gesellschaften gar noch nach Entschädigung. Ehe man die Schutztruppe vermehrt, müsse die Verwaltung gegen die Gesellschaften vorgehen; diese müßten zu den erhöhten Ausgaben herangezogen werden. Kolonialdirektor Dernburg: Die im Jahre 1906 vom Abgeordneten Erzberger geforderte Untersuchung gegen die Gesellschaften sei abgeschlossen und hätte ergeben, daß die Vorkriege gegen die Gesellschaften nicht unberechtigt seien. Auch ihm erweise die Lage sehr bedenklich; er stimme dem Abgeordneten Erzberger bei. Aber die Truppe sei gerade erforderlich, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Dr. Semler (nat.-lib.) hält es für verfehlt, die Soldaten zu genehmigen, weil sonst zu leicht neue Reibungen entstehen. Freiherr von Richtig (Konf.) fordert den Erlaß eines Waffenverbotes für Südamerun, ist aber für die 10. Kampagne. Dr. Spahn (Zentr.): Die Verklärung der deutschen Macht sei geboten, um die Kaufleute zu kontrollieren, wenn sie die genannten Ausschreitungen begehen wollen. Storz (Volksp.) tritt unbedingt für die Bewilligung ein. Dr. Wiemer (frei. Volksp.) hat Bedenken gegen die Bewilligung; man könne eventuell die Polizeitruppe vermehren. Dr. Semler (nat.-lib.) stellt keinen Antrag. Die zehnte Kampagne wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Freisinnigen angenommen.

Die Wahl des Zentrumsabgeordneten Trimborn ist von der Wahlpflichtkommission des Reichstages für gültig erklärt worden. Der Protest ist von sozialdemokratischer Seite erhoben worden und richtete sich gegen den Aufruf des Oberbürgermeisters Becker von Köln, welcher am Tage der Stichwahl zu Gunsten des Zentrumskandidaten an die nationalen Wähler gerichtet war. Nun ist aber der Aufruf von Becker nicht in seiner Eigenschaft als Bürgermeister, sondern als Ehrenbürger der Stadt Köln unterzeichnet gewesen. Infolgedessen entbehrt die Wahl jeder amtlichen Beeinflussung. Die Kommission kam deshalb zu dem Beschluß, die Wahl für gültig zu erklären. In dieser Sitzung wurde noch eine andere Frage von prinzipieller Bedeutung erörtert; sie betraf die Tätigkeit der Kriegervereine bei den verflorenen Wahlen. Die Kommission beschloß, eine gutachtliche Äußerung des Generalz. Szeg, des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Kriegervereine, darüber herbeizuführen, ob die Kriegervereine einen amtlichen Charakter haben oder nicht.

Das preussische Abgeordnetenhause begann Donnerstag die 2. Lesung des Etats; eine Generaldebatte fand nicht statt. Bei den einzelnen Titeln gab es noch kleine Gesechte, zum Beispiel bei der Polenpolitik.

Der badische Minister des Innern v. Schenk, der die Sozialdemokraten im Landtage nicht missen will, tritt in den Ruhestand; er war der Vater der Verbindung der roten und Liberalen. Als sein Nachfolger ist Frhr. v. Dredow in Aussicht genommen, ein liberal-konservativer Katholik, der im Jahre 1903 im Konstanzer Wahlkreis gegen den bewährten Zentrumsabgeordneten Jung vergebens kandidierte.

In Laufe der nächsten Monate werden weitere Veränderungen in mehreren badischen Ministerien eintreten. Vor allem wird Staatssekretär Alexander Frhr. v. Dusch nicht mehr allzulange im Staatsdienste bleiben. Auch Frhr. Adolf Marschall v. Bieberstein dürfte mit der Zeit sein Ministerpostenfille mit der Stelle des evangelischen Oberkirchenrates vertauschen.

Die innerpolitische Lage gleicht dem schlafenden Dornröschen; aller Värm soll vermieden werden damit es nicht erwacht; keine Frage wird erörtert, damit kein Streit unter der neuen Mehrheit entsteht; alles soll vertagt werden, auch die gesamte positive Arbeit des Reichstages. Wenn dieser hübsch brav bleibt und bis Pfingsten den Etat fertig hat, dann soll er vertagt werden, obwohl hierfür auch gar kein Grund vorliegt; fast keine Gesetzesvorlage ist vorhanden, die den Schluß verhindern würde. Doch die neue Mehrheit soll ein Geschenk erhalten und so vertagt man, damit durch die Freilahrt den Sommer über die neuesten Freunde der Regierung in guter Laune erhalten bleibe.

Bei der Zeichnung auf 300 000 000 Mk. 4prozente Schatzanweisungen des Reiches und Preußen, die Donnerstag vormittag stattfand, sind außerordentlich bedeutende Beträge, namentlich in Spermfischen, gezeichnet worden. Sie sind nach vorläufiger Feststellung rund fünfundsiebzighundert gezeichnet worden.

### Frankreich.

Die Kaiserin-Witwe von Rußland traf, von Biarritz kommend, Donnerstag um 10 Uhr vormittags in Bourget ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Präsidenten Fallières und dem Minister Blhon begrüßt. Der Präsident gab dabei seiner Freude über die herzlichsten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland Ausdruck. Um 10 1/2 Uhr erfolgte die Weiterreise.

Die Frage der Festsetzung zu Ehren der Jungfrau von Orleans ist noch immer nicht erledigt. Bekanntlich hatte der Ministerpräsident Clémenceau den Zivil- und Militärbehörden die Teilnahme an diesem Nationalfest unterlag, mit der Begründung, daß das Fest durch die Teilnahme des Bischofs und des Merus einen kirchlichen Charakter habe. Der Sturm der Entrüstung, der in Orleans sich gegen dieses Verbot erhob, belehrte ihn, daß selbst den besten Regierungsmameluken die Schuld reihen kann, wenn

die hohe Regierung den Bogen zu straff spannt. Clémenceau gab nach. Auch der Bischof wollte der Verkündung zuliebe sein Entgegenkommen beweisen und verhandelte mit dem Bürgermeister dieser Stadt. Er stellte bloß folgende drei Bedingungen: 1. Mitnahme der Pfarrtrüge. 2. Verrichtung des allhergebrachten Gebetes bei den Mäßen. 3. Fernbleiben der Freimaurer. Diese Bedingungen wurden vom Bürgermeister ohne weiteres zugestanden. Nun verlangt die Freimaurerloge, welche sich in den verflorenen Jahren niemals an der Feier beteiligte, daß ihr ein entsprechender Platz im Festzuge angewiesen werde. Dieses Verlangen wurde vom Komitee abgewiesen. Doch nun wandten sich die Freimaurer an Hr. Clémenceau und dieser telegraphierte dem Departementspräsidenten, daß er den Beamten verbieten würde, am Festzuge teilzunehmen, falls man nicht der Loge einen würdigen Platz anweise. — Durch diese unerhörte Einmischung der Freimaurerei ist neuerdings die ganze Ehrung der französischen Nationalheldin in Frage gestellt.

Ein Teil der Rede des Kriegsministers von einem im Reichstage, besonders die Stelle, in der er an die künftigen Rüstungen der Franzosen vor zwei Jahren erinnerte, werden von einigen französischen Blättern wieder als Anzeichen kriegerischer Absichten betrachtet und dementsprechend kommentiert. „Eclair“ ist ehrsich genug, zu betonen, daß die Worte keinerlei Provokation enthalten, er mahnt aber seine Landsleute, aus der Schärfe, mit der die Notwendigkeit der steten Kriegsbereitschaft im deutschen Reichstage betont werde, eine Lehre zu ziehen. Andere bezeichnen die Worte des Kriegsministers ironisch als eine Antwort auf die im Haag zu beratenden Vorschläge der Rüstungsbeschränkungen. Nebels letzte Reben werden hier von den Radikalen gegen die Sozialisten ausgepielt. So schreibt „Radical“: „Der Kollektivistenführer ist der zuverlässigste Mitarbeiter des Kriegsministers. Es ist — sagt er — nötig, das Vaterland zu verteidigen, das halten wir für eine unabwiesbare Pflicht. Die Begeisterung des großen Umsturzmannes macht uns Freude. Vielleicht überkreuzt seine glühende und heilsüchtige Vaterlandsliebe die Grenzen und entzündet auch das internationalistische Herz seiner französischen Genossen.“

Die Staatsanwaltschaft hat beschlossen, die Gründe des in dem Prozeß gegen den Abbé Jourin gefällten Urteils dem Kassationshofe zu unterbreiten, um die Annullierung der abschließenden Bemerkungen über das Separationsgesetz herbeizuführen.

### Spanien.

Der Wahlsieg der Katholiken. Nach den bisher bekannten Resultaten der Kammerwahlen wurden gewählt: 256 Konservative, 61 Liberale, 8 Demokraten, 32 Republikaner, 17 Katalanisten, 16 Sozialisten, 2 Integristen, 2 selbständige Katholiken, 4 Unabhängige. In 6 Wahlbezirken ist eine neue Wahl erforderlich.

Die Zeitung „A. D. E.“ publiziert eine römische Korrespondenz, wonach der Austausch der Besuche zwischen König Alfons und Viktor Emanuel seinerzeit vom König Eduard suggeriert worden sei. Der „Gerald“ behandelt dieselbe Frage in einem Leitartikel mit antideutscher Tendenz zusammen mit dem Abrüstungsproblem, wobei das Blatt bestätigt, daß König Eduard Deutschland zur Abrüstung zwingen oder völlig isolieren wolle. „Gerald“ meint, die deutsche Diplomatie habe nach Canoa keine Veranlassung, mit besonderem Optimismus auf die Begegnung von Rapallo zurückzublicken.

### England.

Die britische Reichskolonialkonferenz hat der Welt mitgeteilt, daß das englische Weltreich fest entschlossen ist, zusammenzuhalten. Wenn ein Mann wie General Dohso, der noch vor 6 Jahren gegen England im Felde stand, jetzt als Premierminister des Transvaal unter dem Jubel des englischen Volkes den englischen Boden betritt, so spricht es ebenso sehr für den realpolitischen Sinn der Buren wie für die kolonialpolitische Geschicklichkeit Englands. Es darf sich schon jetzt des Gebietszuwachses im Süden Westafrikas freuen. In nicht langer Zeit wird es sich die Buren völlig assimiliert haben. Nicht minder war es ein Wort, das die Herzen des englischen Volkes höher schlagen läßt, wenn der Premier von Kanada, Laurier, erklärte: „Unsere Wahl ist getroffen, wir stehen zum Mutterlande.“

### Rußland.

Der Zar wird am Freitag eine Deputation von 22 Bauern, die der rechten Dumaspartei angehören, empfangen, welche den Ausdruck ihrer untertänigen Gefühle übermitteln, sowie den Wunsch aussprechen wollen, nur gemeinschaftlich mit dem Zaren zu arbeiten. Dabei beabsichtigen sie Mahregeln zur Hebung der allgemeinen Volksbildung zu erbitten. — Im Lager der äußersten Linken herrscht große Beunruhigung. Die Bauern werden wankelmütig. Sie erhoffen von der Partei eine schnelle Entscheidung in der Agrarfrage, das Einzige, was ihr Interesse seßeln kann. Nachdem sie sich überzeugt haben, daß ihre Partei darin machtlos ist, schwindet ihre Sympathie für die Prinzipien der Linken.

Der Konseil für die Reichsverteidigung hat eine Sitzung abgehalten, in welcher ein sehr umfangreiches Schiffbauprogramm angenommen und der Typ der zu erbauenden Kriegsschiffe festgesetzt wurde. Wie verlautet, ist ein ähnlicher Typ wie der der „Dreadnought“ angenommen worden, und zwar sollen 18 solche Schiffe gebaut werden.

Reichsduma. In der Debatte über die Agrarfrage griffen mehrere bäuerliche Abgeordnete die Grundeigentümer, die Regierung und die konstitutionell-demokratische Partei an. Ein Redner erklärte: Wir stehen vor geklopfener Tür und verlangen Brot, um nicht vor Hunger zu sterben. Unser Klopfen will man nicht hören. Die Grundeigentümer mögen auf der Hut sein, daß nicht hundert Millionen ausgedehnter Menschen die Tür mit Gewalt brechen. Der Bauernabgeordnete Mischeloff erklärte: Wir sind nicht gekommen, um zu drohen. Wir wollen, so lange es möglich ist, die Frage auf friedlichem Wege lösen, fürchten aber, daß selbst eine Verzögerung von wenigen Tagen und Stunden gefährbringend werden kann. Ein anderer Bauernabgeordneter sagte: Wenn die Regierung die Stimme des Volkes nicht hören wolle, würden die Bauern, ohne noch viel zu reden, das ganze Land nehmen und aufteilen.